

Zum Thema: Froschfressender Faschismus. Einige Hintergründe zum früheren Front National und jetzigen RN

Regiert der Rassemblement national (RN, „Nationale Sammlung“) künftig indirekt mit, ohne mit Minister-inne-n im Kabinett vertreten zu sein? Die Frage ist seit Anfang September 2024 aufgeworfen. Tatsächlich war die rechtsextreme französische Partei noch nie so nahe an die Machtausübung herangerückt, jedenfalls auf nationaler Ebene – denn auf lokaler Ebene regiert sie bereits seit den Kommunalwahlen vom März 2014 ein Dutzend Städte; bei den darauffolgenden Kommunalwahlen im Frühjahr 2020 blieben ihr die meisten Rathäuser erhalten und kam eine Großstadt (Perpignan) hinzu. Was die Zentralregierung betrifft, befindet sich die Partei jedoch, bis dato, seit ihrer Gründung ununterbrochen in der Opposition.

Gründung im Dunstkreis des italienischen Neofaschismus

Ihre Existenz beginnt im Oktober 1972 mit einem Gründungsparteitag im „Gartenbausaal“ (*Salle de l’Horticulture*) im großbürgerlichen siebten Pariser Stadtbezirk.

Damals lautet ihr ursprünglicher Parteinamen **Front national pour l’unité française** – „Nationale Front für die französische Einheit“ -, wovon jedoch im allgemeinen Gebrauch alsbald nur die Kurzfassung Front national, FN, übrig bleibt. Eine Umbenennung, die eine Modernisierung und angebliche Mäßigung belegen und dadurch die künftige Regierungsfähigkeit unterstreichen soll, zugunsten der heutigen Bezeichnung, RN, erfolgt zum 1. Juni 2018. Allerdings ist auch der Titel **Rassemblement national** weder neu noch historisch unbelastet. Die Liste des damaligen Front national zur Parlamentswahl im März 1986, in der Folge die Partei ihre erste Parlamentsfraktion mit damals 35 Abgeordneten bilden konnte, hörte auf diese Bezeichnung, „Nationale Sammlung“; durch diese Namenswahl sollte seinerzeit die Öffnung für konservative Überläufer unterstrichen werden. Geht man weiter zurück, trifft man auf den **Rassemblement national populaire** (RNP, „Nationale Sammlung des kleinen Volkes“ oder „...der kleinen Leute“), die Partei des Ex-Sozialisten Marcel Déat, die von 1941 bis 44 eine wichtige Stütze der Nazikollaboration im deutsch besetzten Frankreich bildete. Einer der Mitgründer des FN, Roland Gaucher, gehörte selbst dem RNP an.

Bemerkenswert ist, dass bereits der RNP in seinem Parteiabzeichen:



eine züngelnde Flamme in den Nationalfarben blau-weiß-rot benutzte. Dieselbe ähnelt stark dem ab 1972 benutzten Parteisymbol des FN:



Das Feuersymbol war damals allerdings unter Faschisten unterschiedlicher Länder weit verbreitet und beliebt. Flammen standen in ihren Augen für die notwendige Wiedergeburt der Gesellschaften – nach dem Ersten Weltkrieg und die auf dessen Ende folgenden Revolutionen und Revolutionsversuche in Europa – im „*reinigenden Feuer*“. Überdies zeichnete sich der italienische Faschismus in seiner „*Kampf- und Bewegungsphase*“ von 1919 bis 1922, vor seinem Machtantritt, durch das Abbrennen zahlreicher sozialistischer Parteilokale, der Versammlungsräume von Landarbeitergewerkschaften und linker Zeitungen vor allem in Norditalien aus.

Zum zentralen Symbol erhoben wurde die züngelnde Flamme dann allerdings durch den italienischen Nachkriegsfaschismus in Gestalt des 1946 gegründeten **Movimento sociale italiano** (MSI, „Italienische Sozialbewegung“, in Anlehnung an das von 1943 bis 45 nach dem Fall von

Rom amtierende Regime der **Repubblica Sociale Italiana**, RSI, mit Sitz in Salò am Gardasee). Dessen Flamme glich bereits wie ein Ei dem anderen dem späteren Parteiabzeichen des französischen FN, nur, dass die des MSI in den Farben der italienischen Trikolore gehalten war: grün, weiß, rot. Beim italienischen Nachkriegsfaschismus erhielt das Symbol dann eine neue Erklärung: Es verkörpere den Aufstieg der Seele des getöteten Benito Mussolini aus seinem Sarg gen Himmel. Man hätte auch von den Flammen der Hölle, in welcher Mussolini schmorte, sprechen können, doch wäre dies seinen Anhänger-inne-n nicht recht gewesen.

Die Wahl des Parteizeichens schrieb den französischen FN unmittelbar in die Geschichte des Neofaschismus der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Und dies war kein Zufall, ebenso wie das unverhüllte Kopieren beim italienischen MSI: Die Gründungsversammlung des Front national fiel in eine Zeit der Schwäche der extremen Rechten in Frankreich, die zwar nach dem Zweiten Weltkrieg nochmals eine Hochphase während der Kolonialkriege – vor allem mit der rechtsnationalistischen Mobilisierung während des Algerienkriegs der Jahre 1954 bis 1962 – erlebt hatte, jedoch während und nach der Systemkrise im Mai 1968 ins Hintertreffen geriet. In diesem Kontext hatten die rechtsextremen Kräfte zunächst Schwierigkeiten, sich im Rahmen der Polarisierung zwischen einer starken gesellschaftlichen Linksopposition und dem regierenden Gaullismus, der die Rolle der konservativen Rechten ausfüllte, aber selbst aus dem Kampf gegen die faschistischen Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg hervorgegangen war, selbst zu positionieren. Der Aufbau der neuen Partei in Frankreich erfolgte aus diesem Grunde mithilfe der Finanzierung, der Infrastruktur, der Druckereien und von Beratern der italienischen Bruderpartei.





Heute würde der RN es aus Gründen der Sympathiewerbung und Kommunikationsstrategie zweifellos strikt ablehnen, in der Öffentlichkeit in die Nähe des historischen Faschismus oder seiner Nachfolger gerückt zu werden. Das Flammensymbol benutzt die seit 2018 umbenannte Partei allerdings ungebrochen weiterhin, wengleich sein Lay-out, sein Design im Jahr 2011, mit dem Wechsel an der Spitze – vom langjährigen Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen zu seiner Tochter, Marine Le Pen – abgeändert wurde.

Vgl.:



Le dernier logo de la flamme adopté en 2011. - AFP

Die Geschichte der neofaschistischen Partei, als solche darf man die Organisation aufgrund ihres Hintergrunds und ihrer Geschichte zweifelsohne bezeichnen – im Sinne eines zeitgemäß auftretenden und seine Strategie den aktuellen Gegebenheiten anpassenden Neofaschismus, welcher selbstverständlich nicht den Faschismus von 1922 oder 1933 imitiert, da die äußeren gesellschaftlichen Bedingungen natürlich nicht den

damaligen entsprechen -, ist ansonsten wechselhaft. Grob lässt sie sich in vier Phasen einteilen.

Der Front National der ersten zehn Jahre, von 1972 bis 1982, bildet eine Splitterpartei, deren Wahlergebnisse auf landesweiter Ebene regelmäßig um die 0,3 Prozent der Stimmen liegen. Ihre Hauptfunktion besteht vorläufig darin, in früheren Perioden, also etwa in der Phase der Nazikollaboration, in jener des Algerienkriegs oder während der rechtsextremen Studentenbewegungen von Mitte der sechziger Jahre herausgebildete Aktivistengenerationen zusammenzuhalten und einen Verlust von politischem Personal und Organisationserfahrung zu vermeiden. Zugleich richtet ihr damalige „Nummer Zwei“, der Generalsekretär François Duprat, die neofaschistische Partei in den siebziger Jahren in Teilbereichen neu aus. Er entdeckt etwa **„die Immigration“** ab 1977/78 als zugkräftiges Thema: War die Einwanderung zuvor ein Thema, das bis zum Ende der Nachkriegs-Wachstumsphase und bis zum Anstieg der Massenarbeitslosigkeit ab 1975 durch die Rechtskräfte kaum an zentraler Stelle problematisiert wurde, so ändert sich das in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts. Duprat erkennt das strategische Interesse der **„Ausländerfrage“** und vor allem die Notwendigkeit, diese als angebliche soziale und ökonomische Problematik zu thematisieren und unter dem Blickwinkel der vermeintlichen Konkurrenz um Arbeitsplätze und Sozialleistungen zu bearbeiten.

François Duprat selbst war ein ungeschminkt als solcher auftretender Faschist und Holocaustleugner – eine weitere seiner ideologischen Neuerungen bestand darin, den Antisemitismus und die Leugnung der Shoah mit der **„Palästinafrage“** und einer Positionierung gegen Israel zusammenzuziehen, dazu bezieht der heutigen RN allerdings konträre Positionen -, besaß jedoch hinreichend strategische Intelligenz, um gewisse politische Modernisierungsleistungen durchzuführen. Zugleich hatte der Mann als französischer Söldner in Bürgerkriegen in Afrika gekämpft und stand darüber mutmaßlich im Austausch mit Nachrichtendiensten oder arbeitete diesen zu. Duprat starb bei einem Attentat im März 1978, sein Auto wurde durch eine Bombe zerfetzt. Auch wenn die Partei dieses Ereignis vordergründig Linken anzulasten versuchte, gilt es allgemein doch als wahrscheinlich, dass der Generalsekretär entweder durch gewisse Dienste **„abgeschaltet“** wurde, nachdem er ihnen aus dem Ruder lief, oder durch innerrechte Konkurrenten aus dem Weg geräumt wurde.

Die zweite Phase wurde 1982 mit den ersten Wahlsiegen eingeläutet, zunächst auf lokaler Ebene – der neue Generalsekretär des RN, Jean-Pierre Stirbois (verstorben bei einem Autounfall 1988), führte erste erfolgreiche Wahlkämpfe in der Industriestadt Dreux westlich von Paris, bei Kreistags- und dann bei Rathauswahlen -, dann ab der Europaparlamentswahl im Juni 1984 auch auf nationaler Ebene. In dieser Periode schaffte es der Front national vor allem, eine von ihren bisherigen Parteien enttäuschte und sich von den bürgerlichen, liberalen, konservativen oder postgaullistischen Formationen wie RPR und UDF ablösende Rechtswählerschaft anzuziehen. Dieses Segment der Wählerschaft bestand vorwiegend aus traditionellen Mittelklassen, die durch



ökonomische Modernisierung Frankreichs und Kapitalkonzentration vom Abstieg oder gar in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht waren, wie Kleingewerbetreibenden und Ladenbesitzern. Aufgrund ihrer Wirtschaftspolitik in ihrer Regierungszeit bis 1981 schafften es die führenden bürgerlichen Parteien nicht länger, die Erosion ihres Einflusses auf diese Schichten aufzuhalten. Zugleich radikalisierten diese sich politisch, nachdem im Mai/Juni 1981 eine Regierungskoalition aus Sozialistischer Partei (PS) und Französischer kommunistischer Partei (PCF) antrat, und führten ihre Schwierigkeiten nun tendenziell darauf zurück, dass „**die Roten unsere Existenz vernichten möchten**“.

Die Unruhe dieser Kreise wurde auch auf die Straße getragen. Höhepunkt dabei waren die Millionendemonstrationen im Frühjahr 1984 für den Erhalt der staatlichen Finanzierung der überwiegend katholischen Privatschulen. Die betreffenden Schichten reagierten dabei darauf, dass sie befürchtete, ihr geistiges Universum solle zum Verschwinden gebracht werden.

Der damalige FN positionierte sich überwiegend wirtschaftsliberal, zugunsten der Verteidigung des Privateigentums – vor allem auch der Kleineigentümer -, gegen „**zu starke, zu dogmatische**“ Gewerkschaften und ein „**zu rigides Arbeitsrecht**“, verteidigte Ronald Reagan und Margaret Thatcher und die von ihnen ab 1979/80 in ihren Ländern eingeleitete neoliberale Wende sowie eine im allgemeinen „pro-westliche“ Außenpolitik.

Ein neuer Einschnitt erfolgte ab 1990: Strategen der Partei wie der damalige „Generalbeauftragte“ (**délégué général**) und Chefideologie des FN, Bruno Mégret – er wurde 1998 durch Jean-Marie Le Pen als Konkurrent geschasst – und die oft gut ausgebildeten Intellektuellen in seiner Umgebung wie Jean-Yves Le Gaillou oder Jean-Claude Bardet, richteten ihre Strategie nun auf die frühere Linkswählerschaft aus.

Dies hatte einen doppelten Hintergrund. Auf der einen Seite konstatierten sie, an der Seite der Konservativen gebe es keinen Raum für weiteres Wachstum der Partei. Die dominierenden konservativen Kräfte setzten darauf, durch symbolpolitische Angebote wie etwa die Übernahme eines harten Diskurses zu den Themen „*Einwanderung*“ und „*Innere Sicherheit*“ – mit Tönen, die denen der extremen Rechten in einigen Punkten stark ähnelten - die vom FN angezogene Wähler-innen-schaft zurückzugewinnen. Zugleich hatten die Konservativen bei ihrer Rückkehr in die Regierung 1986 das Mehrheits- statt des zuvor kurzzeitig geltenden Verhältniswahlrechts wieder eingeführt. Dies ließ einer damals 10 bis 15 Prozent wiegenden Partei nur noch die Wahl, sich entweder so weit „domestizieren“ zu lassen, dass bürgerliche Kräfte ihr für den entscheidenden zweiten Wahlgang einige aussichtsreiche Wahlkreise überlassen, oder aber aus dem Parlament zu verschwinden. Allein konnte sie nämlich die Hürden des Mehrheitswahlrechts nicht nehmen, allenfalls einzelne Parlamentssitze gewinnen wie etwa bei der Parlamentswahl 1988 mit nur einem Mandat (für die Abgeordnete Yann Piat, die wenig später aus der Partei austrat und i.Ü. 1989 durch die Mafia an der Côte d’Azur ermordet wurde).

Andererseits aber nahmen die führenden rechtsextremen Strategen an, durch den Fall der Berliner Mauer 1989 sowie die Implosion der UdSSR 1991 öffne sich ein Raum für ihre politische „**Bewegung**“. Denn der nunmehr diagnostizierte, angebliche „**Tod des Marxismus**“ biete ihr die Chance, nunmehr allein die soziale Frage im politischen Raum aufzuwerfen, da es keinerlei andere Alternative als die „nationale“ zu den herrschenden wirtschaftsliberalen Kräften mehr gebe.

Daraufhin übernahm der FN, im Zeitraum von 1990 bis 1995, in mehreren Schritten eine weitaus stärker auf soziale Demagogie und eine Art nationalistischen Keynesianismus, mit dem Wunsch nach starker Staatsintervention in die Wirtschaft, ausgerichtete Programmatik. Er versprach seinen Wähler-inne-n nunmehr etwa eine Anhebung der tiefen Löhne, die Bewahrung bisher durch die Partei abgelehnter und bekämpfter Sozialleistungen oder die Verteidigung von Arbeitsplätzen in der „**durch den Globalismus bedrohten nationalen Industrie**“.

Verwirklicht werden sollten die nunmehr an das Publikum der Partei adressierten sozialen Versprechungen allerdings nicht etwa durch eine Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit: Eine solche blieb weiterhin tabu, denn die Partei lehnte es vor wie nach dieser Hinwendung zu einem sozusagen „national-sozialen“ Programm strikt ab, die Gesellschaft als eine im Kern durch soziale Interessengegensätze und ökonomische Widersprüche geprägte zu betrachten. Denn eine solche Sichtweise stuft sie grundsätzlich als „**marxistisches Gift**“ ein. Statt einer Klassengesellschaft möchte sie die vorhandene Bevölkerung lieber als „nationale Gemeinschaft“ betrachten, deren Harmonie jedoch durch das Eindringen ausländischer Interessen und ihrer Agenten wie „**korrupter Politiker**“, „**globalistischer Ideologen**“ gestört werde – worunter die Anhänger-innen neoliberalen internationalen Freihandels ebenso gefasst werden wie die Verteidiger-innen universeller Menschenrechte oder antirassistischer Ideale, in Zeiten Jean-Marie Le Pens vor 2011 wurde mitunter auch „**die internationale jüdische Lobby**“ explizit dazu gezählt. Seit der Ablösung von Jean-Marie Le Pen zu Marine Le Pen im Januar 2011 ist jedoch eine explizit antisemitische Themensetzung, jedenfalls in offiziellen Verlautbarungen und in den oberen Rängen der Partei, tabuisiert worden und gilt nunmehr als strategisch kontraproduktiv.

Verwirklicht werden sollen soziale Verbesserungen also durch Maßnahmen wie die Einrichtung getrennter Sozialkassen „**für Franzosen und Ausländer**“ respektive, wie es heute vertreten wird, die Streichung bestimmter Sozialleistungen, insbesondere familienbezogener Zahlungen wie Kindergeld und Mietzuschüsse, für Nicht-Staatsangehörige. Ein grundsätzlicher Interessengegensatz wird also nicht zwischen Kapital und Arbeit gesehen, auch wenn bestimmte besonders an internationalem Freihandel orientierte und als vaterlandslos dargestellte Kapitalfraktionen mitunter verbal angegriffen werden – sondern zwischen französischen und nicht-französischen Staatsbürger-inne-n.

Diese Wendung weg vom wirtschaftsliberalen hin zu einem eher

nationalistisch-keynesianischen Programm vollzog die Partei nicht unter Marine Le Pen ab 2011, wie es oftmals durch die bürgerliche Presse behauptet wird – um dann irrigerweise noch hinzuzufügen, die Tochter weise eine „**größere soziale Sensibilität**“ auf als ihr Vater Jean-Marie Le Pen -, sondern unter Letzterem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Allerdings hat Marine Le Pen nach 2011 dieses Herangehen neu aufgegriffen und insofern modernisiert, als sie nicht aus der extremen Rechten, sondern aus anderen Quellen stammende Versatzstücke – beispielsweise gewerkschaftliche, oder ökologisch motivierte Kritik an der Steigerung von Container-Transporten auf den Weltmeeren im Rahmen der Denunzierung internationalen Freihandelns – verstärkt in ihre eigene Argumentation einbaut und einpasst.

Aus diesen Gründen bilden der Wirtschaftsdiskurs der bürgerlichen Rechten und jener der neofaschistischen extremen Rechten in Frankreich seit Mitte der neunziger Jahre zwei Stränge, die wie Parallelen nebeneinander verlaufen, doch sich nie schneiden. Dies insofern, als die dominierenden Fraktionen der bürgerlichen Rechten – nach den Vorläuferparteien RPR und UDF, und danach der 2002 gegründeten Sammelformation UMP, wird diese nun seit 2015 vor allem durch die Partei Les Républicains (LR) repräsentiert – sich apologetisch zum Wirtschaftsliberalismus positionieren, der frühere FN und jetzt der RN hingegen vielfach dessen Auswirkungen verbal anprangert. Auch wenn, wie die liberale Pariser Abendzeitung *Le Monde* in einem Artikel vom 12. Oktober 2023 feststellte, in allerjüngster Zeit auch bei LR einige protektionistische Tendenzen im Namen des „**Schutzes der eigenen Industrie**“ aufkamen, zumal der offene und freihandels-affine Wirtschaftsliberalismus seit 2017 durch die im bürgerlichen Lager neu aufgekommene Strömung der Macron-Anhänger und ihrer diversen Parteien (En marche!, später Renaissance, Horizons und andere) bereits bestens vertreten wird.

Parallel dazu vollzog die bürgerliche Rechte selbst einen Prozess, in dem sie - wie es bereits vorübergehend in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren versucht wurde - in wachsendem Ausmaß Diskurselemente und Symbole der extremen Rechten auf Themenfeldern wie der Einwanderungspolitik übernimmt und dadurch versucht, das Potenzial des RN aufzusaugen. Diese Entwicklung ist stark mit dem Namen von Nicolas Sarkozy, Innenminister (mit einigen Monaten Unterbrechung) zwischen 2002 und 2007 und Staatspräsident von 2007 bis 12, verbunden. Er richtete etwa im Mai 2007 ein eigenes „**Ministerium für Zuwanderung und nationale Identität**“ ein, übernahm zuvor im Wahlkampf jenes Jahres in nur leicht verklausulierter Form einen langjährigen Slogan des FN: „**Frankreich, liebe es oder verlasse es**“, und hielt im Juli 2010 seinen berühmt gewordenen **discours de Grenoble**, eine Brandrede zum angeblichen Zusammenhang zwischen Einwanderung und Kriminalität. Dadurch konnte Sarkozy auf sehr vorläufige Weise die Wahlergebnisse des damaligen FN reduzieren, dieser sank tatsächlich bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai und Juni 2007 auf einen Stand wie zuletzt in den frühen neunziger Jahren zurück; doch seit den

Regionalparlamentswahlen vom März 2010 kehrte die extreme Rechte stärker denn zuvor zurück. Tatsächlich hatte Sarkozy ihren Thesen inhaltlich stärkere vermeintliche Glaubwürdigkeit verschafft.

In Frankreichs Südosten, dort wirkt ein Vollpfosten

Das Spätergebnis dieser Entwicklung ist die im Juni 2024 auch organisatorisch vollzogene Spaltung der Konservativen. Diese waren zuvor, durch den Aufstieg des RN auf ihrer Rechten und parallel dazu der Macron-Anhänger in der bürgerlichen Medien, von zwei Seiten her unter Druck geraten und hatten begonnen, sich auf die beiden Lager zu links und rechts von der Partei LR zu orientieren.

Als der im Dezember 2022 neu gewählte LR-Vorsitzende und Nizzaer Abgeordnete Eric Ciotti vom ideologisch radikalen Flügel dann am 11. Juni 2024, für viele seiner Parteifreunde und -freundinnen relativ überraschend, ein offenes Wahlbündnis mit dem rechtsextremen RN zu den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 30. Juni und 07. Juli des Jahres verkündete, spaltete sich die Formation LR endgültig auf. Die Mehrheit in der Parteiführung beschloss daraufhin den Ausschluss Ciottis aus der Partei, dieser wurde jedoch gerichtlich annulliert. Seitdem konkurrieren zwei Parteiflügel darum, als angeblich legitime Vertreterinnen für LR zu sprechen. Infolge der Wahlen vom Juni/Juli 2024 sind nunmehr 16 Abgeordnete aus den Reihen von LR in Listenverbindungen mit dem Rassemblement national in die französische Nationalversammlung gewählt worden, und ihrer 47 auf eigenen Listen, die kein Bündnis mit dem RN eingingen.

Elastisches Sozialprogramm

Im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen vom Juni und Juli 2024 – RN-Kandidaten holten bei ihnen 37 Prozent der abgegebenen Stimmen in den Wahlkreisen, in denen sie vertreten waren –, und vor dem Hintergrund des hohen Abschneidens der Partei bei den vorausgegangenen Europaparlamentswahlen, wurden dem RN erstmals ein möglicher Wahlsieg und eine eventuelle Regierungsübernahme prognostiziert. 27 von 29 Umfragen, die zwischen den beiden Durchgängen der Parlamentswahl publiziert wurden, schienen ein solches Ergebnis vorauszusehen. Infolge eines spontanen antifaschistischen Reflexes in weiten Teilen der Wählerinnen-schaft und der gegenseitigen Rücksichtnahme von Linken und Liberalen, die jeweils ihre schlechter platzierten Kandidaturen vor den Stichwahlen zugunsten des jeweils anderen Lagers zurückzogen, um nicht einen Wahlerfolg des RN mit relativer Mehrheit zu begünstigen, kam es dann jedoch nicht dazu.

Im Vorfeld der Wahl geriet jedoch bereits das Wirtschafts- und Sozialprogramm des RN bzw. das, was dieser dafür ausgab, unter erheblichen Druck. Zumal der im November 2022 als Nachfolger von Marine Le Pen – diese wechselte damals auf den Fraktionsvorsitz – in den Parteivorsitz gewählte Jordan Bardella sich am 18. Juni 2024, d.h. zwölf

Tage vor dem ersten Wahlgang in Begleitung von Eric Ciotti zum Zentralsitz des Arbeitgeberverbands MEDEF begab. Der Mann aus Nizza sollte dabei wie ein Garant dafür sorgen, dass der RN nicht allzu stark von sozialer Demagogie geprägte Positionen in den Vordergrund rückt; Ciotti selbst teilt zwar viele Standpunkte des RN wie den, in Zeiten des „**Krieges gegen den Terrorismus**“ hätten rechtsstaatliche Grundsätze nicht zu gelten – jedenfalls nicht vor einem von ihm wie von Marine Le Pen geforderten, für tatsächlich oder vermeintlich islamistisch motivierte Taten einzurichtenden Sondergerichtshof für Staatssicherheit, und die Forderung nach einer radikal verschärften „Ausländerpolitik“; jedoch hält er das bisherige Wirtschafts- und Sozialprogramm des RN laut eigenem Bekunden für „**links**“, und damit eine Verirrung.

Bardella führte sich denn auch beim MEDEF ein wenig auf wie bei einem Gang nach Canossa. Die Arbeitgeberverbände ihrerseits bleiben jedoch gegenüber einer potenziellen RN-Regierung grundsätzlich gespalten, da in ihren Reihen die größeren weltmarktorientierten sowie die im IT-Sektor tätigen Unternehmen der Partei eher feindlich, sehr viele mittelständische Unternehmen ihr jedoch wohlgesonnen gegenüber stehen.

Dies gilt insbesondere für den Bereich der Rentenpolitik. Auf diesem Gebiet hat der FN und später der RN mehrere Kapriolen vollzogen. Ursprünglich positionierte sich die Partei unter ihrem damaligen Chef Jean-Marie Le Pen gegen das herabgesetzte Rentenmindestalter, das 1982 auf 60 Jahre angesetzt wurde, und forderte stets eine Anhebung auf bzw. Rückkehr zu 65 Jahren. Dieses Mindesteintrittsalter von sechzig galt bis zu einer „Reform“ unter der Präsidentschaft Sarkozys im November 2010; danach wurde es zunächst auf 62 angehoben, zuletzt unter Emmanuel Macron im April 2023 auf 64 Jahre (die derzeit Jahrgang für Jahrgang schrittweise erreicht werden). Dieses Mindesteintrittsalter garantiert allerdings nur das Recht, mit Strafabzügen bei fehlenden Beitragsjahren – derzeit unter 42, künftig unter 43 – in Rente zu gehen. Eine Rente ohne Strafabzüge wird ansonsten, vor wie nach den jüngsten Reformen, erst ab 67 garantiert.

Doch in Reaktion auf die Massenproteste im Sommer und Herbst 2010 schlug Marine Le Pen schlagartig das Ruder herum und forderte auf einmal, als Präsidentschaftskandidatin im Vorfeld der Wahl im Frühjahr 2012, eine Rückkehr zum Rentenmindestalter von sechzig. Daraufhin polterten viele Konservativen gegen ihre Position, sie schließe sich dadurch den Kräften der Linken an, die ihrerseits diese Forderung vertraten. In den Folgejahren revidierte Marine Le Pen jedoch den neuen Kurs und schränkte die Neuausrichtung ein. Vor den Präsidentschaftswahlen von 2022 stellte ihr Programm das Recht auf einen Renteneintritt ab sechzig nur noch für diejenigen Lohnabhängigen in Aussicht, die im Alter zwischen 14 und 20 zu arbeiten begonnen hatten. Das betrifft in der älteren Arbeiter-innen-generation noch einige Menschen, jedoch in den nachwachsenden Generationen nur wenige, da in Frankreich – wo es kein duales Berufsausbildungssystem geht, und alle späteren Beschäftigten das allgemeine Schulwesen durchlaufen – 80 Prozent eines Jahrgangs Abitur machen. Die wenigsten fangen in den jungen Generationen unter zwanzig

ihr Berufsleben an. Aber für diejenigen, die das Kriterium der Berufsaufnahme vor zwanzig nicht erfüllen, will das seit 2022 gültige RN-Programm lediglich das Recht auf Rentenantritt mit 42 Beitragsjahren garantieren.

Am Abend des 25. Juni 2024 – fünf Tage vor der ersten Wahlrunde - reagierte der RN-Vorsitzende Bardella bei einer Fernsehdebatte auf eine Nachfrage, die die Lage eines Lohnabhängigen illustrierte, welcher im Alter von 24 ins Erwerbsleben eingetreten sei und seitdem kontinuierlich arbeite. Darauf antwortete Jordan Bardella, dieser könne dann mit 66 in Rente gehen. Das wäre eine noch härtere Position als die der Regierung, denn diese „erlaubt“ es dem Mann, sich mit frühestens 64 pensionieren zu lassen, wenn auch mit Verlusten aufgrund zweier fehlender Beitragsjahre.

Kursrevision

Dies bedeutet eine erhebliche Revision der Selbstdarstellung des RN, die bis dahin jedenfalls dafür Sorge trug, nicht so zu wirken, als bringe eine Regierungsbeteiligung der Partei soziale Verschlechterungen mit sich. Dafür gibt es verschiedene Gründe.

Zweifellos wollte Bardella bei der Debatte dem Risiko vorbeugen, es kurz vor der Wahl so aussehen zu lassen, dass die extreme Rechte soziale Versprechungen abgebe, die sich zwei Wochen später als Makulatur herausstellen würden. Dabei ging es darum, einem „Realitätsschock“ vorzubeugen, der daraus resultieren könnte, dass der Vergleich zwischen den Ankündigungen „davor“ und denen „danach“ – nach einem Regierungseintritt – allzu riesige Unterschiede auftreten ließe. Dies hätte die Partei, auf der seitens ihrer Wähler-innen-schaft zweifellos ein gewisser Erwartungsdruck lastete, da es sich um ihre erste Regierungsbeteiligung jemals gehandelt hätte, in deren Augen diskreditieren können.

Grundsätzlicher noch ist zu beobachten, dass der RN seit der Periode der Wahlvorbereitung im Juni und Juli 2024 sich im politischen und gesellschaftlichen Gesamtgefüge neu aufstellt. Nachdem die französischen Konservativen sich nun definitiv organisatorisch und politisch in einen RN-nahen und einen Macron-freundlichen Flügel aufspalteten, ist ein Teil des Führungskaders beim Rassemblement national der Auffassung, nun sei die Zeit vorbei, in welcher man sich neben der bürgerlichen Rechten und gegen diese entwickeln und dabei einen eigenen Raum finden musste. Vielmehr gehe es nun darum, die vormalige konservative Rechte zu ersetzen und zur einzigen bedeutenden Rechtspartei überhaupt zu werden. Dies müsse aber auch beinhalten, sozial konservative und wirtschaftsliberale Positionen wieder zu besetzen, die man bis dahin zugunsten eines von sozialer Demagogie geprägten Diskurses – mit dem man sich außerhalb der Konservativen platzierte – zurückgestellt hatte. Gewissermaßen gehe es nun nicht mehr darum, die Konservativen vor sich herzutreiben, da dieser Prozess quasi zum Abschluss gekommen sei, sondern ihren Platz einzunehmen.

Dem entspricht auch eine Veränderung in der Zusammensetzung der Gruppen, die den RN finanzieren. Die Hauptrolle bei der legalen und illegalen Parteienfinanzierung des Rassemblement national – ihre außergesetzlichen Aspekte trugen dem RN in jüngster Zeit Prozesse ein – spielte bis vor kurzem die so genannte **GUD Connection**, also der Altherrenclub der 1969 gegründeten, offen gewalttätig auftretenden Studentengruppierung **Groupe Union Défense** (GUD); Letztere wurde infolge neuer Gewaltvorfälle am 26. Juni 2024 vom französischen Innenministerium verboten. Zu den Alten Herren zählten Personen wie Axel Loustau und Frédéric Chatillo, die sich wenig Mühe gaben, als etwas anderes denn als reine Faschisten wahrgenommen zu werden. Doch seit dem Frühjahr 2024 gewinnt eine andere Finanzierungsgruppe zunehmend an Bedeutung, ja die Oberhand: die so genannten Versailles Connection rund um den katholisch-reaktionären Millionär Stérin. RN-Chef Jordan Bardella traf 2023 erstmals mit ihm zusammen. Diese Gruppierung hat klar umrissene, reaktionäre ideologische Ziele, aber auch eine eher wirtschaftsliberale Agenda und drängt den RN dazu, eher zu einer völkisch-konservativen Kraft zu werden.

Bei Bedarf lässt sich die soziale Demagogie jedoch wieder hervorholen. So wird der RN seine „parlamentarische Nische“ – das Zeitfenster, über das jede Oppositionsfraktion einmal pro Jahr verfügt, um eigene Gesetzentwürfe einzubringen – vom 31. Oktober 24 nutzen, um medienwirksam „**die Abschaffung der Rentenreform von 2023**“ zu fordern. Auf Inhalte kommt es dabei nicht an, sondern auf die öffentliche Aufmerksamkeit.

Regierungsbildung im September 2024

Zugleich vollzog Staatspräsident Emmanuel Macron in den ersten Septembertagen 2024 eine Kursentscheidung, die offenkundig darauf hinauslöst, eine Art Tolerierungslösung zu finden. Diese ist als Antwort auf die Frage fehlender parlamentarischer Mehrheiten für jedes einzelne der drei größeren politischen Lager – das heterogene Linksbündnis **Nouveau front populaire** (NFP, „Neue Front des kleinen Volkes“ oder „der kleinen Leute“), das wirtschaftsliberale Macron-Lager sowie die extreme Rechte mit ihren Verbündeten – konzipiert.

Nachdem Macron dem Linksbündnis, das in der Stichwahlrunde am 07. Juli 2024 relativ überraschend zur stärksten Kraft geworden war, die Ernennung einer Premierministerin aus seinen Reihen verweigert hatte, entschied er sich am 05. September für die Ernennung eines Konservativen in Gestalt des früheren EU-Kommissars Michel Barnier. Letzterer hatte als Anwärter auf die konservative Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2021, er schnitt damals als Dritter bei der innerparteilichen Urwahl der Partei LR ab, zur Einwanderungspolitik selbst radikale Positionen vertreten. Insbesondere hatte er bei der Einwanderungsfrage den grundsätzlichen Vorrang nationalen Rechts vor EU-Normen sowie internationalen Konventionen wie etwa Menschenrechtsvereinbarungen gefordert. Jedenfalls diese

Positionen Barniers konnte der RN nur gutheißen.

Aufgrund bestehender Mehrheitsverhältnisse kann eine Regierung Barnier nur bestehen, wenn sie im Parlament nicht auf das ausgesprochene Misstrauen der Linkskräfte und des RN zugleich stößt. Angestrebt wird also, dass der RN ohne eigene Kabinettsbeteiligung das künftige Kabinett toleriert. Die liberale Pariser Abendzeitung *Le Monde* behauptete ferner, die Ernennung Michel Barniers sei nach einem abschließenden direkten Telefonanruf zwischen Emmanuel Macron und Marine Le Pen erfolgt, was beide dann allerdings dementierten.

Dazu hat der RN seinerseits angekündigt, er werde ein Kabinett Barnier jedenfalls nicht zu Anfang stürzen. Zugleich schraubte er seine Ansprüche im Laufe der ersten drei Septemberwochen zunehmend hoch. So schloss die Parteiführung bestimmte bürgerliche Politiker, wie den bisherigen Macron-nahen Justizminister Eric Dupond-Moretti und den nordfranzösischen Regionalpräsidenten Xavier Bertrand (LR), explizit von einer vom RN geduldeten Kabinettsbildung aus, da beide sich abschätzig, despektierlich über die eigene Partei geäußert hätten. Sonst drohe das Kabinett, über das Misstrauensvotum des RN zu stürzen. Jordan Bardella sprach davon, man werde die künftige Regierung „**unter die demokratische Überwachung**“ der eigenen Leute stellen.

Einen solchen objektiven Einfluss auf eine bürgerliche Regierungsbildung hat die rechtsextreme Partei bis dahin noch nie genossen. Voraus ging ihr, seitens der Macron-Unterstützer wie auch der konservativen Formation LR im Dezember 2023, die Verabschiedung eines neuen, verschärften Ausländergesetzes – dieses trat am 26. Januar 2024 in Kraft, zuvor hatte allerdings das Verfassungsgericht Teile von ihm kassiert – zusammen mit den Stimmen des RN. Die Annahme der Gesetzesnovelle, der **Loi Darmanin**, beruhte auf einer Abstimmungsmehrheit aus Macron-Anhängerinnen, deren sozialliberaler Flügel allerdings nicht mitmachte, LR-Konservativen und Rassemblement national.

Wird ein solches Bündnis in naher Zukunft die französische Innenpolitik prägen? Oder aber wird der RN es doch vorziehen, seine Muskeln spielen zu lassen und eine Regierung bei unpopulären Entscheidungen zu Fall zu bringen, um für sich selbst die Übernahme der vollen Regierungsmacht nach den Präsidentschaftswahlen von 2027 anzustreben und diese zielstrebig aus der Opposition heraus vorzubereiten? Wird er sich an einem Mix aus Unterstützung und Drohungen versuchen, um sein neues „**staatspolitisches Verantwortungsbewusstsein**“ unter Beweis zu stellen, aber auch von sozio-ökonomischer Unzufriedenheit zu profitieren?

Die Lage scheint diesbezüglich offen. Relativ eng mit den Geschäften einer amtierenden Regierung assoziiert werden, birgt für die neofaschistische Partei sicherlich auch Risiken in sich, da ihr der Nimbus, große Veränderungen zu verkörpern, tendenziell genommen werden könnte.

Artikel Artikel von Bernard Schmid vom 11. Oktober 2024